Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Republik. 1918-1930
34 (1920)

169 (22.7.1920)

urn:nbn:de:gbv:45:1-433975

Visual Library

34. Jahrgang

Die „Republik" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einschl. Bringerlohn 5.50 Mark, bei Abholen von der Expedition 5.00 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 14.10 Mark, monatlich 4.70 Mark ausschl. Bestellgeld.

Republik

Preis 25 Pf.

Bei den Inseraten wird die einspaltige Kleinzeile oder deren Raum für die Inserenten in Rüstringen-Wilhelmshaven und Umgegend, sowie der Filialen mit 1.00 Mark berechnet, bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Reklamezeile 4.– Mk. Platzvorschriften unverbindlich. Größere Inserate vorher erbeten

Norddeutsches Volksblatt – Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptexpedition: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58 | Rüstringen, Donnerstag, 22. Juli 1920 * Nr. 169 | Redaktion: Peterstraße 76 Fernsprecher Nr. 1265

Lebensmitteldebatten im Landtag.

Die dritte Landtagssitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird dem Vorschlage des Präsidenten, für die jetzige Tagung keine Anträge und Eingaben mehr anzunehmen, zugestimmt. Abg. Dürr (Dem.) stellt die Anfrage an die Staatsregierung, was sie zu tun gedenkt, um den Wünschen der Birkenfelder Bevölkerung auf Abtrennung vom Freistaat Oldenburg und Anschluß an die seinen Verhältnissen besser entsprechende Rheinprovinz Rechnung zu tragen.

Der Reg.-Vertreter erklärt, daß das jetzige Verhältnis nicht bestehen bleiben kann und Birkenfeld Anschluß an seine natürliche Umgebung finden müsse. Mit Preußen finden alsbald Verhandlungen statt. Es werde keine Entscheidung getroffen, ohne die Bevölkerung vorher gehört zu haben, deren Wünschen Rechnung getragen werden müsse.

Alsdann wird in die Tagesordnung eingetreten. **Aenderung der Wahlordnung für die Wahlen zum oldenburgischen Landtage** vom 7. Juli 1919 gemäß § 37 der Verfassung. Das Staatsministerium legt dem Landtag folgende Aenderungen der §§ 28 und 36 zur Bestätigung vor:

§ 28. Die Wahl findet an einem Sonntage statt. Die Wahlhandlung beginnt in der Zeit vom 1. April bis 30. September um 8, sonst um 9 Uhr vormittags.

§ 36. In der Zeit vom 1. April bis 30. September nach 6, sonst nach 7 Uhr nachmittags, dürfen nur noch die Wähler zur Stimmabgabe zugelassen werden, die in diesem Zeitpunkt im Wahlraum schon anwesend waren. Alsdann erklärt der Wahlvorsteher die Abstimmung für geschlossen. Haben alle in der Wählerliste eingetragenen Wähler abgestimmt, so kann der Wahlvorsteher auf einstimmigen Beschluß des Wahlvorstandes die Abstimmung schon vor dem im Absatz 1 genannten Zeitpunkt für geschlossen erklären. Die Umschläge werden aus der Wahlurne genommen und unveröffnet gezählt. Zugleich wird die Zahl der Abstimmungsvermerke in der Wählerliste festgestellt (§ 35). Ergibt sich dabei auch nach wiederholter Zählung eine Verschiedenheit, so ist dies im Wahlprotokoll anzugeben und, soweit möglich, zu erklären.

Die Abänderung wird durch die Reichswahlordnung erforderlich. Die Abänderung wird bestätigt.

Bericht des Besoldungsausschusses über den Entwurf eines **Beamten-Diensteinkommensgesetzes** für den Freistaat Oldenburg. In dem Bericht wird ausgeführt, daß, nachdem das Reich, Preußen und die Mehrzahl der übrigen deutschen Länder, eine völlige Neuordnung der Beamtengehälter durchgeführt haben, auch für die oldenburgischen Beamten dieselbe Maßnahme durchgeführt werden mußte. Das Diensteinkommen besteht aus dem Grundgehalt und Ortszuschlag; ferner einem Kinderzuschlag, welcher einheitlich ist und je nach Alter der Kinder 40, 50 bzw. 60 Mark monatlich beträgt; hinzu kommt noch ein Teuerungszuschlag, der vorläufig 50 v. H. der vorgenannten Bezüge betragen soll. Auch die Verhältnisse der nicht planmäßigen Beamten sollen geregelt werden. Der durch das neue Gesetz entstehende Aufwand beträgt nach überschlägicher Ermittelung 6 420 000 Mark.

Finanzminister Driver verbreitet sich in längeren Ausführungen über den Entwurf. Das Gesetz habe nur einen provisorischen Charakter, da das Reich und Preußen im Herbst in eine Revision des Gesetzes eintreten werden; dies erfordere dann auch eine entsprechende Aenderung des oldenburgischen Gesetzes. Er geht weiter auf die Finanzverhältnisse des Freistaates ein. Das neue Besoldungsgesetz bedeute eine Gehaltserhöhung im Mittel um 11 Prozent.

Abg. Albers (Dem.) führt aus, daß es in der kurzen Zeit nicht möglich gewesen sei, ein von Mängeln freies Gesetz zu schaffen. Es liegen noch verschiedene Wünsche vor, die bei der Revision noch Möglichkeit berücksichtigt werden und eine Klärung bei der zweiten Lesung erfolgen soll.

Abg. Zimmermann (U. S.) hätte geglaubt, daß den Wünschen der unteren Klassen mehr Rechnung getragen worden wäre. Das Gesetz bringe keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung für die unteren Klassen. Aus dem Leder der unteren Beamten werden immer die Riemen geschnitten. Bei dem einen werde mit Scheffeln, bei dem anderen mit Löffeln gemessen. Aus diesem Grunde könne seine Fraktion dem Gesetz grundsätzlich nicht zustimmen.

Abg. Heitmann (Soz.) stellt nach dieser Erklärung fest, daß der Vertreter der U. S. P. im Ausschuß keinerlei Anträge auf Verbesserung gestellt und auch der Vorlage zugestimmt hat. Abg. Zimmermann (U. S.) erwidert, daß die Zustimmung eines Vertreters im Ausschuß noch nicht die der Partei sei. Abg. Kieselhorst (U. S.) erklärt, daß er im Ausschuß allen Verbesserungsanträgen zugestimmt habe.

Damit schließt die Generaldebatte. Die Anträge des Ausschusses werden mit einigen unwesentlichen Aenderungen in erster Lesung angenommen.

Aenderung des Gesetzes betr. **Besteuerung des Wandergewerbes.** Die Vorlage sieht eine Erhöhung der bisher geltenden Steuersätze infolge der Entwertung des Geldes vor; ferner eine Erweiterung des Kreises der Steuerpflichtigen, indem der Handel mit Vieh, das sich nicht als Erzeugnis der eigenen Landwirtschaft darstellt, sowie der Handel mit nicht selbst produziertem Torf steuerpflichtig sein soll. Dem Regierungsentwurf wird mit der abgeänderten Fassung des Artikels 7 in § 3 in erster Lesung angenommen: Für Viehhändler beträgt die Steuer je nach dem Umfange des Betriebes im Landesteil Oldenburg 500 Mark, 750 Mark, 1000 Mark, 1500 Mark oder 2000 Mark, in den Landesteilen Lübeck und Birkenfeld 150 Mark, 200 Mark, 300 Mark, 500 Mark oder 700 Mark. In der Regel kommt in Oldenburg der Satz von 1000 Mark, in Lübeck und Birkenfeld der Satz von 300 Mark zur Hebung.

Der Antrag der Staatsregierung betr. **Schaffung einer Stelle eines volksamtlichen Referenten für Fortbildungsschulangelegenheiten wird an den Verwaltungsausschuß zurückverwiesen.**

Deutsche Neutralität gegenüber dem Osten

Im Reichsanzeiger ist folgende Bekanntmachung des Reichspräsidenten veröffentlicht: In der zwischen der polnischen Republik und der russischen Sowjetrepublik entstandenen kriegerischen Verwicklung hat Deutschland, da es sich mit beiden Staaten in Friedenszustand befindet, bisher volle Neutralität beobachtet und wird diese Neutralität auch weiterhin beobachten. Ich weise demgemäß jede im Reich und für jeden Deutschen im Ausland die Verpflichtung besteht, sich aller Handlungen zu enthalten, die der Neutralität Deutschlands zuwiderlaufen. Unterschrift: Reichspräsident Ebert. Simons.

Diese Bekanntmachung wird den Regierungen in Warschau und Moskau amtlich bekannt gegeben werden.

Die Aussprache über Spa.

Im Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten gab Minister Simons gestern einen Bericht über die Konferenz in Spa. Der Ausschuß diskutierte die Verhandlungen und zeigte sich im allgemeinen mit der Haltung der deutschen Vertreter einverstanden. Ein Antrag Ledebour, der den Ausschuß aufforderte, den Reichspräsidenten zu ersuchen, den Reichstag sofort einzuberufen, wurde mit 12 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Der Aeltestenausschuß des Reichstages tritt am heutigen Mittwoch zusammen, um zu der Einberufung der Plenarversammlung Stellung zu nehmen. Das Reichskabinett beriet gestern in Anwesenheit des Reichspräsidenten die Besprechung über die Beschlüsse von Spa fort. Der Hauptpunkt der Erörterung war die Frage der Entwaffnung, deren technische Durchführung sehr eingehend auf Grund eines vom Reichsminister des Innern vorgelegten Gesetzentwurfes besprochen wurde. Soviel gemeldet wird, herrscht in der Regierung über die in Spa betätigte Haltung ihrer Vertreter Einmütigkeit.

Auch Deutsch-Oesterreich neutral.

Deutschösterreich und Sowjetrußland schlossen folgendes Abkommen: Deutschösterreich verpflichtet sich zur völligen Neutralität zwischen Polen und Rußland. In Ausführung dieses Abkommens wurden die ungarischen Sowjet-Kommissare freigelassen.

In allernächster Zeit wird in Wien eine Mission der russischen Sowjetregierung, bestehend aus dem bevollmächtigten Berliner Sowjetregierung, bestehend aus dem bevollmächtigten Delegierten, eintreffen. Nach treter und drei bis fünf weiteren Delegierten, eintreffen. Nach amtlicher Auffassung ist aber an eine Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Oesterreich und Rußland vor Unterzeichnung des Vertrages zwischen England und Rußland kaum zu denken.

Die Verminderung der Reichswehr.

Amtlich wird bekannt gegeben: Die Reichswehr muß nach dem Vertrage von Spa bis zum 1. Oktober 1920 auf 150 000 Mann, gegliedert in 10 Reichswehrbrigaden und 3 Kavalleriedivisionen, zurückgeführt sein. Am 1. Januar 1921 muß die im Versailler Vertrag vorgesehene Stärke von 100 000 Mann, gegliedert in 7 Infanterie- und 3 Kavalleriedivisionen, erreicht sein. Die Bildung der drei Kavalleriedivisionen ist zurzeit schon durchgeführt. Die 7 Infanteriedivisionen sollen in ihrer vertragsmäßigen Form bereits am 1. Oktober gebildet sein. Die 50 000 Mann, die vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember noch beibehalten werden können, werden in drei Reichswehrbrigaden, zwei im Reichswehrkreis 3 und eine im Reichswehrkreis 4, oder in kleinen Formationen, die den Divisionen angegliedert werden, untergebracht. Zum 31. Dezember werden auch diese mit den verbleibenden verschmolzen. Es wird bei der Herabminderung angestrebt, daß eine gleichmäßige Verminderung in allen Wehrkreisen stattfindet, so daß eine Benachteiligung eines Truppenteils nicht möglich ist. Ueber die Art der Versorgung der überschüssigen Reichswehrangehörigen schweben zurzeit noch Verhandlungen.

Sowjethoffnungen in Böhmen.

Aus Prag wird gemeldet: Das tschechische Blatt Czas veröffentlicht einen Artikel des Kommunisten Radek, der unter anderm erklärt, daß nach Bezwingung Polens die Rote Armee nach Prag marschieren werde, wo man sie mit Freuden aufnehmen werde. Der Präsident der tschechischen Republik werde der bekannte Kommunist Muna oder Smersal werden. Die Tschechen seien gerne bereit, das Sowjetsystem anzunehmen.

Neue Gelüste.

Aus Bochum wird gemeldet: Die Mitgliederversammlung des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats beschloß, dem Reichskohlenverband eine Erhöhung der Kohlenpreise für den 1. August vorzuschlagen.

Hölz in Prag verurteilt.

Aus Prag wird gemeldet: Hier fand vor dem Kriegsgericht in Gitschin eine Verhandlung gegen den sächsischen Kommunisten Hölz statt. Die Anklage legt ihm zur Last, daß er am 27. April in Marienbad eine Handgranate hervorgezogen habe, um seine Verhaftung zu verhindern. Er ist deshalb des Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit und der Uebertretung des Sprengstoffgesetzes angeklagt. Hölz verteidigte sich damit, daß er nicht beabsichtigt habe, die Gendarmen zu bedrohen. Diese bekarten aber auf ihrer Aussage und Hölz wurde wegen Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit zu vier Monaten schweren Kerkers mit hartem Lager und Geldstrafe von 20 Kronen wegen Uebertretung des Waffenpatentes verurteilt. Die Strafe wurde jedoch bedingungsweise ausgesprochen, so daß Hölz sie nicht antritt.

Die "Marburger" demonstrieren.

Aus Marburg wird gemeldet: Nachdem die Studenten der hiesigen Universität gestern eine Protestkundgebung gegen den Kultusminister, veranstaltet hatten, beriefen gestern nachmittag die Kommunisten eine Versammlung auf den Marktplatz ein. Der größte Teil der Studenten war zu dieser Versammlung ebenfalls erschienen. Als der kommunistische Redner seine Rede beendet hatte, stimmten die Studenten Deutschland, Deutschland über alles an, worauf es zwischen Studenten und den Arbeitern zu Schlägereien kam.

Millionenschiebungen in Köln.

Die Kriminalbehörden sind umfangreichen Durchsuchungen auf die Spur gekommen, die Beamte des Reichskommissars für die Ein- und Ausfuhr in Köln sich haben zu Schulden kommen lassen. Es handelt sich um Schiebungen, bei denen anscheinend Millionenwerte in Frage kommen. Mehrere Verhaftungen sind in Berlin und Köln bereits vorgenommen worden.

Die Eingabe des **Bundes der Rentner**, Ortsgruppe Delmenhorst, betr. Berücksichtigung der Kleinrentner-Einkommen bei der Steuerveranlagung, wird auf Antrag des Verwaltungsausschusses der Regierung zur Prüfung überwiesen.

Regelung der Versorgungsbezüge der nach dem 1. April 1920 und der zum 1. April 1920 oder früher zur Disposition gestellten oder in den Ruhestand versetzten planmäßigen Landesbeamten, Leiter und Lehrer an den landwirtschaftlichen Winterschulen und Gendarmen. Der Gesetzentwurf bezweckt die Gleichstellung der genannten Beamten mit den Reichsbeamten mit Wirkung ab 1. April d. J. Der Gesetzentwurf wird in erster Lesung angenommen; desgleichen die Vorlage betr. die Fürsorge für die Witwen und Waisen der im öffentlichen Dienst Angestellten; desgleichen die Vorlage betr. die Aenderung des Gesetzes betr. Erhebung der Gebühren in Verwaltungssachen. Der Gesetzentwurf, betr. Aenderung der Gerichtskosten- und Zeugengebühren wird in 2. Lesung angenommen.

Die Anfrage der Alters-, Invaliden-, Unfall-, Witwen- und Waisenrentner. Abg. Frerichs (Soz.) richtet an die Staatsregierung die Frage, ob die Möglichkeit besteht, diesen Rentnern des Landes durch Beihilfen irgendwelcher Art, durch finanzielle Mittel oder Lieferung von Naturalien, Hilfe zu gewähren. Während andere durch Erhöhung ihrer Löhne eine Verbesserung ihrer Lage durchsetzen konnten, sind diese Rentner zur Passivität verurteilt. Zwar sind von der Reichsregierung geringe Verbesserungen gewährt worden. Eine durchgreifende reichsgesetzliche Regelung ist geplant, welche jedoch in absehbarer Zeit noch nicht zum Abschluß kommt. Vereinzelt sind von den Kommunen Mittel in bescheidenem Umfange zur Linderung der Not bereitgestellt, welche aber keineswegs ausreichend sind. Mit 120 bis 130 Mark sei kein Rentner imstande, durchzukommen. Man müsse zu Hilfe kommen, durch staatliche und kommunale Beihilfen zur Beschaffung von Feuerung usw.

Minister Meyer führt aus, daß die Regierung keineswegs der Ansicht sei, daß sich die Reichsrentner nicht in einer Notlage befinden. Auch sie habe den Wunsch, daß den Armen geholfen werde. Die Erhöhung der Rente durch das Reich um 30 Mark monatlich stehe in keinem Verhältnis zu der Teuerung. Leider stehen dem Staat Mittel zu diesem Zweck nicht zur Verfügung. Es müsse jedoch ein Weg gesucht werden, daß den Gemeinden ein Zuschuß gewährt wird. Den Gemeinden müsse zur Pflicht gemacht werden, daß sie eingreifen und ihnen dann aus Staatsmitteln allgemeine Zuwendungen gemacht werden. Dies könne geschehen, wenn der Landtag seine Zustimmung dazu gibt, daß aus Pos. 335 des Voranschlages nicht nur Zuschüsse für die Kriegswohlfahrtspflege gemacht werden können. Nur dann sei es möglich, an Gemeinden, welche außerordentliche Zuwendungen gemacht haben, Zuschüsse zu gewähren.

Abg. Raschke (Ztr.) verweist die Invaliden auf den Weg der privaten Wohltätigkeit und der christlichen Charitas. Die Regierung möge einen diesbezüglichen Appell an das Land ergehen lassen. Damit wolle er jedoch nicht sagen, daß er gegen staatliche und kommunale Hilfe sei.

Abg. Hug (Soz.) sieht den Zweck des Antrages in der raschen Hilfe durch Gewährung von Zuschüssen an die Gemeinden für außerordentliche Aufwendungen. Die Gemeinden, welche die Zuschüsse heanspruchen, müssen diese auf die Bedürftigsten beschränken. Zu den Ausführungen des Abg. Raschke bemerkt Redner, daß das Fondswesen mehr ausgebaut werden müsse zur Schaffung von Invalidenheimen usw. In Rüstringen und Wilhelmshaven habe man aber noch nichts davon gehört, daß Bürger und Geschäftsleute Beiträge hierzu geleistet haben. Auch nach dieser Richtung hin zu wirken, möge sich die Regierung zur Aufgabe stellen.

Abg. Frerichs (Soz.) stellt den Antrag, daß aus Pos. 332 für den Landesteil Oldenburg 250 000 Mark, für die Landesteile Lübeck und Birkenfeld je 30 000 Mark zur Unterstützung der Rentner bereit gestellt werden. Der Antrag wird dem Finanzausschuß überwiesen.

Die hohen Preise für Winterkartoffeln und für das rationierte Fleisch. Abg. Hug (Soz.) und Genossen stellten die förmliche Frage: Ist der Staatsregierung bekannt, daß in weiten Kreisen der Verbraucher große Unzufriedenheit herrscht über die für Winterkartoffeln und für das rationierte Fleisch vom Reichswirtschaftsamt festgesetzten hohen Preise? Ferner, daß diese Verbraucherkreise an Abwehr denken und der Vorschlag erwogen wird, beim Fleisch die Abnahme des rationierten Fleisches abzulehnen und des Fleischgenusses sich vorläufig zu enthalten? Würde die Regierung in der Lage sein, das Entgegenkommen der Produzentenkreise Oldenburgs, die die hohen Kreisfestsetzungen für

Landesbibliothek Oldenburg

Fleisch und Kartoffeln für unbedenklich und nicht für notwendig halten, zu unterstützen und eine allgemeine Herabsetzung der Preise herbeizuführen?

Abg. Hug (Soz.): M. D.! Ich will keine Lebensmittelversorgungsdebatte hervorrufen, die, bildlich gesprochen, zu einer Kauferei zwischen Stadt und Land führt und auf beiden Seiten noch keiner Seite hin befriedigt, sondern will eine Sache besprechen, über die in beiden Lagern die gleiche Auffassung zu finden ist und die ein Uebel darstellt, das beseitigt werden kann und muß. Es handelt sich um die Preisfestsetzung für Kartoffeln und für zur Rationierung kommendes Fleisch. Die Erzeugerpreisfestsetzung für Winterkartoffeln auf 30 Mark pro Zentner und des Fleisches auf 3,80 bis 4,70 Mk. pro Pfund — gleich 8 bis 9,50 Mk. für die Verbraucher — hat in den Verbraucherkreisen eine furchtbare Unzufriedenheit erzeugt, die zu einem unerträglichen Zustand führen kann. Man hat in diesen Kreisen gehofft, es käme noch ein Widerruf oder eine Milderung. Sie sind aber nicht gekommen. Die Unzufriedenheit wurde verstärkt dadurch, daß aus anderen Bundesstaaten die Nachricht kommt, daß dort die Preise herabgesetzt worden sind oder die Zwangswirtschaft aufgehoben worden ist, wenigstens für Kartoffeln und Fleisch. Dazu wird von diesen Landleuten, wenn man mit ihnen spricht, erklärt, sie wollten solche hohen Preise gar nicht haben. Ich kann mir wohl denken, daß das Reichswirtschaftsamt seine guten Gründe gehabt hat, diese Preise zu konzedieren, daß es die Versorgung der großen Städte mit Kartoffeln sicherstellen und einen Anreiz zu größerem Anbau von Kartoffeln geben wollte, daß es beim Fleisch dennoch trachtete, die zusammengebrochene Fleischwirtschaftung in Preußen wieder auf die Beine zu bringen. Wie wenig das nützt, zeigt ein Blick in die Viehhandelszeitung, wo Dutzende von Viehhändlern sich empfehlen für die Lieferung von großen Mengen Zucht- und anderen Viehes. Was das für „anderes Vieh" ist und wo es hinkommt, kann man sich denken. Wenn man hört, daß angekörte Stiere und hochträchtige Kühe als Schlachtvieh nach Rheinland-Westfalen geliefert werden, dann kann man nicht an eine Wiederaufrichtung der Fleischwirtschaft glauben. Ich meine also, es muß die Gelegenheit der Uebereinstimmung der Verbraucher und weiter Produzentenkreise, daß die festgesetzten Kartoffel- und Fleischpreise zu hoch sind, ergriffen und versucht werden, die Reichsregierung zu veranlassen, daß sie die Preise heruntersetzt und einen Abbau der Zwangswirtschaft einleitet. Dabei soll die Staatsregierung mitwirken. Ich habe bewußt nicht beantragt, die Regierung solle die Reichsbestimmungen über die Kartoffel- und Fleischbewirtschaftung nicht ausführen, wie es in anderen Bundesstaaten getan worden ist, weil ich fürchte, ein Auseinandersallen des Reiches in Wirtschaftsfragen könnte die Sprengung der politischen Reichseinheit nach sich ziehen. Ich frage also die Staatsregierung, ob sie im Sinne meiner Anfrage etwas tun kann und was sie zu tun gedenkt.

Ministerpräsident Tanhen beantwortet die Anfrage. Der jetzige Zustand liege daran, weil die Reichsregierung nicht die richtige Form des Abbaues gefunden hat. Die neue Organisation, durch Schaffung einer Mittelinstanz zwischen Erzeuger und Verbraucher, welche die Preise für Kartoffeln auf 25 Mk und 5 Prog. Provision festgesetzt hat, hat versagt. Das ganze Kartoffelliefersystem in Berlin ist zusammengebrochen. Die oldenburgische Regierung ist der Meinung, daß der gewaltsame Sprung auf 30 Mk. für Kartoffeln nicht notwendig war und daß 16 bis 20 Mk. für den Erzeuger ausreichen. Die hohen Fleischpreise hält die oldenburgische Regierung nicht für notwendig. Die Fleischpreise für den Herbst sind noch nicht bestimmt. Die Regierung glaubt, daß der Stand der Preise nach dem 31. Juli nicht aufrecht erhalten werden kann. 9 bis 10 Mk. sind nicht berechtigt. Ein Preis von 6 bis 7 Mark sei gerechtfertigt. Dieser sei auf ein Jahr festzusetzen. Das Fleisch müsse aus der öffentlichen Bewirtschaftung heraus. Am 23. Juli findet hier eine Besprechung mit den Regierungen der norddeutschen Länder statt, in welcher eine eingehende Besprechung von Wirtschaftsfragen stattfindet. Diese Fragen können nur in einem größeren Wirtschaftskreis gelöst werden, da sonst die Gefahr bestehe, daß durch Abschieben der Produkte in andere Wirtschaftsgebiete das Land entblößt würde.

Abg. Kalkohl (Dem.) begrüßt die von der Regierung unternommenen Schritte auf Abbau der Zwangsbelieferung. — Abg. Kaper (Landbund) spricht für Aufhebung der Zwangswirtschaft und verteidigt die agrarischen Forderungen; bestätigt auch gleichzeitig, daß die Landwirte während des Krieges Spareinlagen bei den Banken gemacht haben. Das sei aber auch bei den Arbeitern der Fall. (Heiterkeit.) — Abg. Heitmann (Soz.) stellt an den Ministerpräsidenten die Frage, wie eine Korrektur der vom Reich festgesetzten Kartoffelpreise vorgenommen werden könne und warum nicht die Konsumvereine als Aufkäufer zugelassen werden sollen.

Ministerpräs. Tanhen erwidert, daß diese Korrektur auf dem Wege der Gesetzgebung erreicht werden kann. Es müsse eine Basis gefunden werden. Er halte den von der oldenburgischen Regierung vorgeschlagenen Weg der Landlieferung für den einzig gangbaren. Es sollen die landwirtschaftlichen Vertretungen nochmals gehört werden. Einen Ausschuß, wie er von Kaper (Landbund) gewünscht wird, lehne die Regierung ab. Die Konsumgenossenschaften hätten sich als Aufkäufer gar nicht gemeldet, obwohl Vertreter der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften bei den Verhandlungen zugegen waren.

Abg. Frödle (Ztr.) ist der Meinung, daß nach Aufhebung der Zwangswirtschaft ein Preisabbau automatisch eintreten werde.

Abg. Hug (Soz.) ist von der Erklärung des Ministerpräsidenten befriedigt.

Abg. Dannemann (Vp.) erkennt an, daß der Preis von 30 Mark für Kartoffeln von den Minderbemittelten schwer aufgebracht werden kann. Die Landwirte haben den hohen Preis nicht gefordert. (Zuruf: Aber nehmen ihn doch!) Der Zweck des hohen Preises sei, den erhöhten Anbau zu fördern. Die Landwirtschaft sei bereit, zu angemessenen Preisen zu liefern.

Abg. Zimmermann (U. S. P.) betrachtet als angemessenen Preis denjenigen, welchen der städtische Arbeiter und kleine Beamte zahlen kann. Der Lohn sei um das Sechsfache gestiegen, dementsprechend dürfe auch nur der Preis für landwirtschaftliche Erzeugnisse steigen. Für Aufhebung der Zwangswirtschaft kann er seine Zustimmung nicht geben.

Abg. Jordan (Soz.) kritisiert, daß die Reichsregierung in der Ernährungsfrage von einem Extrem ins andere fällt, wodurch unmoralische Zustände herbeigeführt würden, in die eingegriffen werden müsse, wenn nicht ein Verfall der Reichseinheit herbeigeführt werden solle.

Abg. Schmidt (U. S. P.) betrachtet als angemessenen Preis für landwirtschaftliche Erzeugnisse eine solchen, bei welchem die Gestehungskosten gedeckt werden. (Damit setzt er sich in Widerspruch mit seinem Fraktionskollegen Zimmermann.) Er weist weiter auf die hohen Preise für landwirtschaftliche Geräte usw. hin, die die Gestehungskosten verteuern.

Es beteiligen sich noch mehrere Abgeordnete an der Debatte, in welcher jedoch nur gegensätzliche Meinungen in bezug auf die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse zum Ausdruck kommen.

Die nächste Sitzung findet Freitag den 20. Juli statt. R.

Oberschlesien und Spa.

In Oberschlesien suchen die Polen vor allem durch terroristische Beeinflussung und der gegebenen Lage Kapital zu schlagen und dann wieder durch unlösbare Versprechungen die seelisch und physische Entbehrungen geruhige Bevölkerung für sich zu gewinnen. Dabei vermögen sie lediglich mit ihren Lebensmittelschätzen ihren Bemühungen einen gewissen materiellen Nachdruck zu verleihen. Hierbei machen sie allerdings nach Kräften Gebrauch. So werden in Sodnowice beispielsweise Lebensmittel bereit gestellt, die gegen besondere Bescheinigung für die Polen in Oberschlesien eingeholt werden können. In Peuthen wird polnischer Speck für billiges Geld verkauft. Seitens besonderer Vereine werden der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens Lebensmittelcoupons zugeteilt, auf die sie Lebensmittel bei Slupze und Modrzejew kaufen kann. Aus Kattowitz hört man, daß von polnischer Seite der Bevölkerung bis ins einzelne ausgemalt wird, wie allein durch die Oeffnung der Grenze nach Polen eine erhebliche Besserung in der Lebensmittelversorgung eintreten würde.

Die Frage drängt sich auf, welche Hoffnungen die Verfechter des großpolnischen Gedankens auf ihren eigenen Staat setzen, wenn sie sich bei der Werbung für ihre Zwecke nur auf Lügen stützen können und auf solche Vorteile, die, wie die Menge ihrer Nahrungsmittelschätze, lediglich in den außergewöhnlichen und, wie man hoffen darf, vorübergehenden Verhältnissen der Gegenwart begründet sind, ohne daß sie gerade die Vorzüge eines großpolnischen Staatswesens vor dem deutschen Reich in innerlichen Werte berühren.

Aber man sehe weiter. Auch in Oberschlesien beschäftigt man sich mit den neuen schweren Steuern. In der Furcht vor ihrem Druck wird die Bevölkerung durch großpolnische Agitatoren bestärkt, die auch in dieser Beziehung in der Wahl ihrer Argumente nicht engherzig sind. So wurde kürzlich in Hindenburg (O.-S.) das Gerücht vom deutschen Staatsbankerott verbreitet und die Auffassung vertreten, daß nur eine Angliederung an Polen vor den Folgen dieses Staatsbankerotts schützen könne. An anderen Orten hört man, daß nach erfolgter Angliederung die Oberschlesier überhaupt keine Steuern mehr zu zahlen brauchen.

Gewisse Sympathien, die sich die Polen durch derartige Versprechungen etwa erworben haben können, benutzen sie für ihre Agitation bei den Gemeindewahlen. So wurden namentlich in einigen Bezirken des Stadt- und Landkreises Kattowitz ihre Bemühungen bekannt, großpolnische Vertreter in die Selbstverwaltungskörper hineingubekommen, um durch sie polnische Beamte zur Betreibung einer großpolnischen Gemeindepolitik zu gewinnen. Sehr viel Erfolg müssen indes die Polen selbst von ihren Lebensmittelverteilungen und ihren lockenden Versprechungen für diese Zwecke nicht erwartet haben, denn zur Unterstützung ihrer Pläne lassen sie durchblicken, daß sie auch gelegentlich auf gewaltsamem Wege durch einen Putsch die Besetzung aller Verwaltungsposten durch Polen erzwingen würden. Ueberhaupt scheinen sie die Furcht terroristischen Vorgehens und die Verbreitung von offenkundigen Lügen für außerordentlich Wirkungsvoll zu halten.

Ein besonderes, etwas unklares Kapitel bilden die Bezeichungen der polnischen zu den spartakistischen Agitatoren in Oberschlesien. Gelegentlich erklärten spartakistische Redner, es sei gleichgültig, ob man bei Deutschland bleibe oder zu Polen käme, da in beiden Ländern der Kapitalismus herrsche. Und die Polen sprechen gegen Arbeiter- und Soldatenräte und für das Zusammenhalten von Kapitalisten und Arbeitern. Dann hört man aber auch aus manchen Orten, daß Polen und Spartakisten Hand in Hand vorgehen. Offenbar benutzen die Polen die Spartakisten, um immer neue Unruhen ins Land zu tragen. Dabei könnten sie dann eine willkommene Gelegenheit finden, um unter dem Vorwande, die Ordnung wieder herzustellen, das Land zu besetzen und — dort zu bleiben. Irgendwelche inneren Sympathien mit der bolschewistischen Bewegung als solcher braucht man den Nationalpolen wenigstens nicht vorzuwerfen. „Das Wort freiheit, das so schön und vollkommend in der polnischen Geschichte durchklingt, war nur der Wahlspruch des Adels, der dem Könige so viele Rechte als irgend möglich abzuringen versuchte, um seine eigene Macht zu vergrößern und auf solche Weise die Anarchie hervorzurufen." Diese Charakteristik Heines dürfte auch für die derzeitigen polnischen Machthaber und die gegenwärtigen Verhältnisse zutreffend sein.

Mit Lügen also, mit terroristischem Druck und mit reichlichen Versprechungen auf Behebung ihrer gegenwärtigen materiellen Sorgen sucht man von Polen aus die Oberschlesier für den Gedanken eines Anschlusses zu gewinnen. Auf ideelle, nationale und historische Argumente vermag man bei der Agitation nicht hinzuweisen; sie würden ja, da Traditionen nicht vorhanden sind, von der Bevölkerung doch nicht verstanden oder, wo sie auf Verständnis stießen, in ihrem tatsächlichen Umfange als gar zu kümmerlich und belanglos abgelehnt werden. Immerhin sollten doch die materiellen Versprechungen unter den heutigen Verhältnissen auf die Bevölkerung wirken, die hier wie überall im Reiche das Ende ihrer Entbehrungen und Leiden herbeisehnt. Das den nicht so ist, daß vielmehr aus allen Teilen Oberschlesiens an die Organe der deutschen Republik immer wieder die dringende Bitte gerichtet wird, mit allem Nachdruck für das Verbleiben des Landes bei Deutschland einzutreten, das zeugt von dem klaren Blick der Bevölkerung für die eigentlichen Motive der Polen, die ersten wollen, wo sie nicht geht haben, und die vor allem die Angliederung der hochentwickelten oberschlesischen Industrie lockt, die sie aus sich heraus — wie die Verhältnisse ihres Landes zeigen — niemals hätten ins Leben rufen können.

Vor gerade hundert Jahren sagte Heine, daß „Herrschen die süße Frucht liebe, nach der es jeden Polen gelüste." Nicht durch Gottesworte wollte der Pole sie erbeuten, denn diese führen nur langsam zum Ziele; ein kühner Schwertstich sollte die süße Frucht zum raschen Genuß herunterhauen." Es fragt sich, ob die geschilderten Methoden der Polen von heutzutage Heine nicht zu einer anderen Formulierung seines Schlußsatzes veranlassen würde, wenn er ihrer Zeuge wäre. Wie jedenfalls wollen hoffen, daß die glänzende Bewährung des Deutschtums in Ost- und Westpreußen dem deutschen Oberschlesiern Ansporn zu ebensolchem Bekennermut sein wird. Schon wanken die Fundamente des polnischen Staatswesens, die roten Kaherden bedrohen seine Grenzen — Oberschlesien soll deutsch bleiben, wie deutsch es immer war. Der Wille muß zur Tat werden, wenn im Herbst die Stunde der Entscheidung kommt. „Hie gut deutsch allewege!" sollen die Oberschlesier dem Reiche dann zurufen können.

Ein Militärjustiz-Skandal.

Ein unglaublicher Fall, der das Wesen der Militärjustiz von neuem grell beleuchtet, wird heute mitgeteilt: Am 8. März, wenige Tage vor dem Kapp-Putsch, wurde in Osnabrück eine Versammlung der Friedensgesellschaft durch bewaffnete Freikorpsangehörige gesprengt. Dabei wurde ein 24jähriger Arbeiter durch den Revolverschuß einer dieser Banditen so schwer verletzt, daß er heute ein völliger Invalide ist. Durch die privaten Nachforschungen der Osnabrücker Friedensgesellschaft wurde der Ulan Effer als Täter festgestellt, der vor Zeugen auch ein Geständnis ablegte. Er wurde am 20. Mai darauf verhaftet, aber am 21. Mai bereits wieder aus der Haft entlassen, weil Fluchtverdacht nicht vorlag. Dann wurde es still. Jetzt, am 10. Juli, erhielt der Verletzte vom Militärgericht folgendes Schreiben: In der Untersuchungssache gegen Unbekannt wegen Körperverletzung wird Ihnen mitgeteilt, daß das Verfahren eingestellt wird, da alle Ermittlungen nach dem Täter bisher ohne Erfolg geblieben sind. Weitere Ermittlungen sind aber aussichtslos, da das Reichswehrschützenregiment 107 inzwischen aufgelöst und die Mannschaften größtenteils entlassen sind. — Dies Schreiben stellt den Gipfelpunkt der Unverfrorenheit dar. Nachdem der Täter bereits verhaftet worden ist und wieder freigelassen wurde, wird dem Verletzte mitgeteilt, daß alle Ermittlungen nach dem Täter bisher ohne Erfolg geblieben seien, und das Verfahren daher eingestellt werden müsse!

Wie Amerika in Ungnade fiel.

Dem Berichte des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, von dem wir an anderer Stelle den entscheidenden Teil veröffentlichen, ist auch eine Reihe von Telegrammen beigegeben, aus denen auf den politischen Horizont des deutschen Exkaisers wiederum etliche Streiflichter fallen. So telegraphiert Legationsrat v. Grünau aus Pleß an das Auswärtige Amt am 9. November 1917 das Folgende:

Der Kaiser argumentierte folgendermaßen: Die Demarche Wilsons ist erfolgt, um England vor dem U-Bootkrieg zu bewahren und uns unter seinem und der europäischen Neutralen Drucke zum Nachgeben zu zwingen. Den Krieg wollte er nicht oder nur, wenn die anderen Neutralen mitgingen und vorgespannt werden konnten. Nachdem man gesehen, daß die Neutralen sich mit U-Bootkrieg abfinden und sich nicht für England erklären, ist man geneigt, einzulenken, um auf andere Weise das Unheil abzuwenden. Wir sollten die üble Lage, in die Amerika sich gebracht hat, ausnutzen, um Genugtuung für den Affront zu erlangen, den es uns dadurch angetan hat, daß es, sich auf den angeblichen Bruch unseres Versprechens berufend, die diplomatischen Beziehungen ohne weiteres abgebrochen hat. Wenn Amerika jetzt wieder verhandeln will, so möge es zunächst die normalen Organe hierfür wieder in Funktion treten lassen.

Amerika überlegte es sich dann bekanntlich noch ziemlich lange, ob es vom bloßen Bruch der diplomatischen Beziehungen zum Krieg übergehen solle oder nicht. In jener Zeit berichtete Admiral v. Holtzendorff über einen Wunsch des in Wien verbliebenen amerikanischen Botschafters, man möge, um die Atmosphäre nicht zu verschlechtern, die nächsten nach England fahrenden amerikanischen Schiffe nicht torpedieren. Der tapfere Admiral plädierte für Ablehnung dieses Wunsches. Der Holtzendorff-Bericht enthält als Anmerkung folgende Randbemerkung des Kaisers: Einverstanden, abzulehnen. An Auswärtiges Amt 18. 3. 17. Wilhelm). Es ist ein für allemal Schluß mit Verhandlungen mit Amerika. Will Wilson Krieg, so soll er ihn bekommen und dann haben. — So war nun das „in üble Lage" geratene Amerika bei Majestät gänzlich in Ungnade gefallen. Die Folgen waren bekanntlich schrecklich — für Amerika!

Politische Rundschau.

Der Bolschewistenschreck. Die Reaktionäre sehen jetzt in jeder Woche rote Armeen aus der Erde wachsen. Vor 14 Tagen in Braunschweig, jetzt wieder in Hamburg. Wir haben die gestrige Meldung des W. T. B., soweit sie von Roten Armeen zu berichten wußte, nur kurz notiert und die beteiligten Stellen um Aufklärung ersucht. Das Hamb. Echo bemerkt zu der Meldung, die ja ein gewisses amtliches Gepräge besaß: Die Behörden werden zweifellos dafür sorgen daß die Verbreiter dieser Sensationsmeldungen um ihre Beweise gefragt oder entsprechend zur Verantwortung gezogen werden. Wir erwarten auch, daß öffentlich bekanntgegeben wird, was an diesen Schauermärchen dran ist, denn Hamburg kommt sonst allgemein in den Ruf eines kompletten „Spartakisten"nestes.

Sonderbare Pläne. Nach einer Mitteilung unseres Düsseldorfer Parteiblattes trägt sich Stinnes mit dem Gedanken, für den Kohlenbezirk die Arbeitszeit um eine Stunde zu verlängern. Um den Arbeiterführern und den Bergarbeitern die Ueberarbeit schmackhaft zu machen, sollen für die Ueberarbeit sowie zur Hebung der Gesamtleistung Lebensmittel und Bekleidungsstücke von Frankreich geliefert werden. Die Kosten sollen durch eine Abgabe von der Mehrlieferung über eine bestimmte Menge gedeckt werden. Eine in Paris zu errichtende Gesellschaft soll die Ausführung übernehmen. — Wir glauben kaum, daß die Bergarbeiter für solche Ideen zu haben sein werden. Auch kann nicht, wenn man sie durch reichlichere Lebensmittellieferung zu ködern sucht.

Politische Notizen. Die sächsische Volkskammer hat in ihrer letzten Sitzung einen Antrag auf Erlaß eines Verbotes jeglichen Lotteriespiels gegen die Stimmen der Rechten angenommen. — Dem B. T. wird aus Landsberg an der Warthe gemeldet, daß ein Landarbeiterstreik im Kreise Königsberg in der Neumark ausgebrochen ist. 40 Güter sind von dem Ausstand betroffen. — Frankreich hat für München einen eigenen Gesandten bestimmt. Die französische Regierung behauptet, Italien und England würden diesem Beispiel folgen. — Wie aus Gelsenkirchen gemeldet wird, ist in Buer in Westfalen ein Schulstreik der Eltern ausgebrochen, der sich gegen die Versetzung eines sozialistischen Lehrers richtet und die Einrichtung von freireligiösen Schulklassen fordert. Im ganzen streiken etwa 4000 Schulkinder. — Die Jenaer Straßenbahn hat ihrem gesamten Personal zum 1. August gekündigt. Infolge der für den Monat noch weiter zurückgegangenen Betriebseinnahmen wird die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen beschränkten Straßenbahnverkehrs in Frage gestellt. — Die Zahl der aus dem Soldauer Gebiet vor den Polen geflüchteten deutschen Männer beträgt 1500, nicht 15 000. — Das endgültig kritisierte Freikorps Aulock wurde jetzt in Dresden aufgelöst. — Die Arbeiterschaft der Grube Golpa und des Kraftwerkes Zschernowitz und der dazu gehörigen Betriebe beschlossen im Verzolg der für das mitteldeutsche Braunkohlenbergbaugebiet unter Leitung des Reichsarbeitsministeriums geführten Verhandlungen, die Arbeit am 21. Juli wieder aufzunehmen. — Alle französischen Offiziere in Polen haben den Befehl erhalten, sich der polnischen Militärbehörde zur Verfügung zu stellen. — Die Reichstagsfraktion der U. S. P. läßt mitteilen, daß sie in der Angelegenheit des Abg. Wendelin Thomas eine Untersuchung eingeleitet habe.

Aus aller Welt.

Hundstagsfolgen. Im Ostseebad Cranz bei Königsberg bekundeten die goldene Jugend und das vertrottelte Alter gelangweilter Kurgäste ihre politische Reife durch einen Kleinkrieg um eine Straßburg. Nach den Berichten der bürgerlichen Presse hat sich folgendes zugetragen: In Cranz finden seit einiger Zeit täglich Kundgebungen vor einer von Schülern höherer Lehranstalten gebauten großen Straßburg, genannt Hohenzollern, statt. Die Sicherheitspolizei, entfernte die schwarzweißroten Fahnen, das Namensschild und das Bild Hindenburgs und zerstörte die Burg. Nach dem Wiederaufbau versammelten sich viele Kurgäste vor der Burg und ein Studiennat aus Berlin hielt eine Ansprache. Nach dem Absingen patriotischer Lieder gegen die Versammelten zum Amtsvorsteher und verlangten die Herausgabe der Fahnen. Als die Kundgebungen schließlich antisemitischen Charakter annahmen, verbot eine gebarnische Bekanntmachung des Amtsvorstehers jede Kundgebung auf der Uferpromenade und am Strande. Es bildete sich ein Ausschuß der Kurgäste, der telegraphisch die Regierung um Schutz für die verfassungsmäßigen Rechte ersuchte. Zwei Schüler, die trotz des Verbotes schwarzweißrote Flaggen hißten, wurden festgenommen.

Hohe Summen unterschlagen. Aus Berlin wird gemeldet: Der 48 Jahre alte Buchhalter Albert Iffermann hat einer Firma am Kurfürstendamm, bei der er als Buchhalter beschäftigt war, 200 000 Mark unterschlagen. Er entwendete Blankoschecks, stellte sie über zusammen angeblich 200 000 Mark aus und erhob das Geld darauf bei der Bank. Mit der Beute verließ er dann sofort Berlin. Soweit bisher festgestellt werden konnte, hat er sich zunächst nach Leipzig gewendet, hier geht jedoch seine Spur verloren.

Landesbibliothek Oldenburg

Oldenburg und Ostfriesland.

Die USP. und die Polizeispitzelin.

Auf das Geschreibsel der Tat in der gestrigen Nummer, soweit es persönlich ist, brauche ich nicht einzugehen. Dergleichen Hanswurstereien richten sich von selbst und werden von jedem anständigen Menschen entsprechend eingeschätzt.

Zur sachlichen Seite der Sache Schröder-Mahnke und die Unabhängigen stelle ich nochmals folgendes fest: Die Schröder-Mahnke wurde, als sie zur Zeit des 21er-Rates hier auftauchte, nicht nur von den Kommunisten, sondern auch von den hiesigen Unabhängigen mit offenen Armen aufgenommen. In mehr als einem Falle habe ich sowohl wie auch mancher andere meiner Parteigenossen den Schwärmern für die Schröder-Mahnke anheimgegeben, doch Vorsicht zu üben. Nicht deswegen, weil mir etwa seinerzeit schon bekannt war, um was für eine Persönlichkeit es sich handelte, sondern weil die verschiedensten Umstände auf die äußerste Vorsicht ihr gegenüber hinwiesen. Meine Zurückhaltung ihr gegenüber trug mir den Haß nicht nur der Kommunisten, sondern vor allen Dingen auch niedrige und schmutzige Beschimpfungen durch den unabhängigen Schneider, der seinerzeit Pressereferent war, ein. Wenn die Tat in dem Zusammenhange von politischer Sauberkeit spricht, so nimmt sich das etwa aus, wie wenn das ein stinkiger Mistkäfer tut.

Was die sauberen Beziehungen der Schröder-Mahnke zu Thomas und umgekehrt anlangt, so habe ich meine Kenntnis von angesehenen Mitgliedern der hiesigen unabhängigen Partei und ich bin jederzeit bereit, den Tat-Leuten entsprechende Mitteilungen zu machen, damit sie sich an diesen Stellen ebenfalls informieren können, was sie nach der Stilübung von gestern offenbar sehr notwendig haben.

Der krampfhafte Versuch, die Schröder-Mahnke meiner Partei an die Rockschöße hängen zu wollen, muß nach Lage der Dinge lediglich zum Lachen anregen. Von einem Geheimprotokoll, daß Deichmann im Besitz haben soll, weiß ich nichts und Deichmann wird sich darüber ja wohl selbst äußern, wenn sich auch mit der Verleumderbande, die augenblicklich in der U. S. P. ihr Unwesen treibt, was alltäglich aus den unabhängigen Blättern einschließlich der Tat hervorgeht, ein anständiger Mensch nicht sachlich auseinandersetzen kann. Hünlich.

Rüstringen-Wilhelmshaven.

Rüstringen, 21. Juli.

Aus der Volkshochschulbewegung. Das Bezirksamt Oldenburg teilt mit: Der Bitte nach Uebernahme von Kursen ist von berufenen Fachleuten in solchem Umfange entsprochen worden, daß Mitte August mit einer großen Reihe von Arbeitsgemeinschaften begonnen werden kann.

Gärung in der Postbeamtenschaft. In der Postbeamtenschaft besteht eine tiefgehende Unzufriedenheit nicht nur wegen schwerer Zurücksetzung, die sie bei der Besoldungsreform erfahren hat, sondern auch infolge der Herausgabe eines Erlasses des Postmeisters Giesberts über die Bildung und Aufgaben von Beamtenausschüssen. Mit diesem Erlaß beschäftigte sich ein am letzten Sonntag in Emden abgehaltener außerordentlicher Bezirkstag des Verbandes mittlerer Postbeamten für den Oberpostdirektionsbezirk Oldenburg unter starker Teilnahme der Mitglieder aus allen Gegenden des Bezirks. Der Erlaß wurde als ein Schlag ins Gesicht, als an die reaktionärste Zeit erinnernd bezeichnet. Er wolle den Beamtenausschuß zum Spielball des Dienstvorgesetzten machen. „Der Bezirksverein lehnt die Anerkennung des Erlasses einmütig und entschieden ab," heißt es in der gefaßten Entschließung, „und fordert seine Mitglieder auf, sich an der Bildung von Wahlvorständen und Vorschlagslisten nicht zu beteiligen. Er ersucht den Verbandsvorstand, sofort mit aller Energie auf die Zurücknahme des Erlasses hinzuwirken. Sollte diese nicht zu erreichen sein, so ist ungesäumt mit den anderen Postverbänden in Verbindung zu treten, damit die gesamte organisierte Postbeamtenschaft jegliche Beteiligung an der Ausführung des die Beamtenschaft geradezu beleidigenden Erlasses von sich weist." Eine Beleidigung wird namentlich, und wie uns scheint mit Recht, darin gefunden, daß die Beamtenausschüsse verpflichtet sein sollen, dem sog. Dienstvorgesetzten über die persönlichen Verhältnisse der Beamten Auskunft zu geben. Daß diese Zumutung von der Beamtenschaft scharf zurückgewiesen werden würde, hätte der Postminister, der doch ein alter Gewerkschaftler ist, sich auch sagen können. Haben wir denn noch nicht genug an Verärgerung im Volk? Gehört es denn unter der neuen Regierung zu den Aufgaben eines Ministers, die Beamten herauszufordern, anstatt ihren berechtigten, auf die Demokratisierung der Verwaltung gerichteten Wünschen zu entsprechen? Eine in der Emder Versammlung anwesende Abordnung der unteren Postbeamten erklärte sich solidarisch mit der mittleren Beamten und erklärte, den Ministererlaß auf das Schärfste bekämpfen und sich an den Wahlen nicht beteiligen zu wollen. Dieses Vorgehen der Postbeamten in Nordwest-Deutschland wird zweifellos weitere Kreise ziehen und den Herrn Giesberts darüber belehren, daß man heute die Beamten nicht mehr ungestraft reizen darf. Ein Vertrauensvotum wird die Postbeamtenschaft ihm gewiß nicht zum zweiten Male ausstellen.

Für Militärrentenempfänger (Hinterbliebene). Den Empfängern von Militär-Versorgungsgebührnissen H., soweit es sich um Hinterbliebene von Militärpersonen der Unterklassen handelt, deren letzte militärische Dienstleistung nach dem 31. Juli 1914 beendet worden ist, soll mit Wirkung vom 1. August 1920 an ein monatlich zahlbarer laufender Teuerungszuschlag gezahlt werden. Für diejenigen Empfänger, die bei den Postämtern Wilhelmshaven und Rüstringen ihre Renten abheben, beträgt dieser Zuschlag 60 v. H. Vor der ersten Zahlung des Teuerungszuschlages haben die Hinterbliebenen eine Bescheinigung darüber abzugeben, daß ihr verstorbener Ernährer nach dem 31. Juli 1914 im Heeresdienste gestanden hat und infolge einer nach dieser Zeit erlittenen Dienstbeschädigung gestorben ist. Formulare zu dieser Bescheinigung können vom 22. bis einschl. 24. d. M. in der Zeit von 9 bis 1 Uhr vormittags bei den Rentenstellen der hiesigen Postämter abgefordert und nach Ausfüllung dort wieder abgegeben werden. Alle in Betracht kommenden Hinterbliebenen, auch diejenigen, die ihre Gebührnisse auf eine Bank überweisen lassen oder durch die Geldbesteller erhalten, müssen die Bescheinigung während der angegebenen Zeit abgeben, da sonst der Teuerungszuschlag nicht gezahlt werden kann.

Wilhelmshaven, 21. Juli.

Nachrichten für Seefahrer. Nordsee: Leuchtboje A der Brunsbütteler Reede, die in ihrer jetzigen Lage den größeren Schiffen das Drehen und Einlaufen in die neuen Elbschleusen des Kaiser-Wilhelm-Kanals erschwerte, wird am 2. August d. J. nach dem Schnittpunkt der Linien Strandhalle—Kirche Brunsbüttel und zwischen Leuchtturm Brunsbüttelhafen und Wasserturm Brunsbüttelkoog verlegt werden. Ostsee: Die Spierentonne mit rotem Nordtoppzeichen und roter Aufschrift Rowe-Bank ist wieder ausgelegt worden. Ungefähre Lage: 54 Gr. 41 Min. 2 Sek. Nord, 17 Gr. 3 Min. Ost. (Vgl. N. f. S. 20 — 2179.) — Mit Hinweis auf die Nachrichten für Seefahrer (2126 — 20) wird bekannt gegeben, daß auf der Wasserstandssignalstation in Brake-Fünfhausen an der Unterweser Wasserstandssignale wieder gezeigt werden. — Auf der Unterweser sind an den folgenden Stellen Schiffahrtspegellatten errichtet worden, deren Nullpunkt mit Kartennull, gleich dem mittleren Orts-Springniedrigwasser, übereinstimmt: 1. Mittelbüren Kilom. 12,4 Nullpunkt — —0,21 Meter Normal — Null; 2. Rönnebeck Kilom. 22,0 Nullpunkt — — 0,64 Meter Normal — Null; 3. Farge Kilom. 26,0 Nullpunkt — — 0,83 Meter Normal — Null; 4. Huntemündung Kilom. 32,6 Nullpunkt — — 1,21 Meter Normal — Null; 5. Beckumersiel Kilom. 51,6 Nullpunkt — — 1,72 Meter Normal — Null; 6. Flagbalgersiel Kilom. 59,2 Nullpunkt — — 1,80 Meter Normal — Null. Die Ebene des Normal — Null liegt auf — 2,284 Meter Bremer Null. Die Pegellatten werden im Winter eingezogen.

Dampferfahrt nach Wangeroog. Von der Strandhalle aus fährt täglich der Dampfer Lachs vom Norddeutschen Lloyd nach Wangeroog. Die Fahrt dauert etwa drei Stunden. Auf der Insel, an derem Strande zurzeit ein eifriges Badeleben herrscht, hat man einen etwa vierstündigen Aufenthalt, worauf die Rückfahrt gleichfalls drei Stunden in Anspruch nimmt. Bei schönem Wetter ist die leider etwas kostspielige Fahrt zweifellos ein Vergnügen, und so finden sich auch regelmäßig auf dem Dampfer eine Anzahl Gäste ein. Besonders Sonntags sind die Fahrten sehr beliebt und die Dampfer stark bevölkert.

Nichtraucherabteile 4. Klasse. Infolge der stärkeren Benutzung der vierten Wagenklasse macht sich das Bedürfnis nach einer Einrichtung und Vermehrung der Raucherabteile vierter Klasse bemerkbar. Es ist daher soeben Anweisung gegeben worden, in den Haupt- und Nebenzügen den vierten Teil der Abteile 4. Klasse, mindestens aber ein Abteil für Nichtraucher einzurichten. Es ist hinzugefügt worden, daß das Rauchverbot in diesen Abteilen von dem Zugpersonal unbedingt durchzuführen ist.

Wo bleibt der gerechte Gesellenlohn bei den Wilhelmshavener Bäckergesellen? Daß die Einwohner der Stadt Wilhelmshaven das täglich Brot zu teuer bezahlen müssen, ist doch dem kleinsten Kinde bewußt. Aber keiner von den Bäckermeistern setzt den Brotpreis herab, trotzdem es ihnen öffentlich bewiesen worden ist. Nein, sie würden denselben lieber noch etwas erhöhen, um den neugegründeten „gelben Bäckerverein" noch finanziell besser unterstützen zu können. Am Sonntag den 18. Juli ging für die Firma „Junger Bäcker- und Konditorengehilfen" eine Sammelliste von Bäckermeister zu Bäckermeister, damit jeder sein am Brot Verdientes stiften solle. Alle sind reichlich dem Rufe gefolgt, da es ja nicht aus ihrer Tasche ging, sondern es die Allgemeinheit bezahlen muß. Kommen aber die freigewerkschaftlich organisierten Bäckergesellen und fordern, was ihnen zum täglichen Leben gehört, dann sagen die Herren: Wir können nicht, es steht bei uns ebenso schlecht wie bei Ihnen. Aber hier kann man es sehen: lieber läßt man Familien verhungern, trotzdem man auf der anderen Seite Geld zu Vergnügungen und Belustigungsfahrten übrig hat. Also seht, Bürger der Stadt, wozu euer hoher Brotpreis Verwendung findet; fordert: Herab mit dem hohen Brotpreis oder heraus mit dem Gesellenlohn!

Vorträge, Theater, Konzerte und sonstige Veranstaltungen.

Klootschießerwettkampf. Der hiesige Klootschießerverein veranstaltet Sonntag den 29. August im und am Siebethsburger Hof einen größeren Wettkampf. Die anderen Vereine werden gebeten, dieses zu berücksichtigen.

Touristenverein Die Naturfreunde. Am Donnerstag den 22. Juli Zusammenkunft im Siebethsburger Heim.

Aus dem Lande.

s. Varel. Schadenfeuer. Am Montag abend brannte auf dem Büppel die dem Kaufmann Albers gehörige Besitzung nieder. Es ist dieses die alte Stärkefabrik und wurde zurzeit von sechs Familien bewohnt, welche jetzt obdachlos sind und sich in einer bedauernswerten Lage befinden. Die Vareler städtische Feuerwehr war gegenüber dem Feuer, welches an frisch eingefahrenem Heu, reiche Nahrung fand, fast machtlos. Ein Schwein und auch viel Mobiliar wurden ein Raub der Flammen. Ueber die Ursache des Feuers weiß man nichts bestimmtes, ob durch Selbstentzündung des Heues oder durch Schornsteinbrand.

Bad Zwischenahn. Eine Windhose. Die Kraft einer Windhose konnte letzthin im benachbarten Ohrwegerfeld am Sonnabend beobachtet werden. Der Wind hob ein ganzes Stück von einem Erdwall mitsamt den fünf Eichen, die darauf standen, in die Luft. Die schweren Bäume fielen auf die von Wiesmoor kommende Hochspannungsleitung. Sämtliche drei Drähte rissen, so daß wir abends im Dunkeln saßen. Irgendein Unfall ist hier durch die Windhose nicht verursacht worden, allerdings kam sie den vielen Leuten, die augenblicklich beim Heuen beschäftigt sind, recht ungelegen. Mancher wird sein Heu schon auf Nachbarsgründen wiedersuchen müssen.

z. Großenmeer. Gelegenheit macht Diebe. Dem Eisenbahnangestellten Schmidt in Ipwegermoor wurde für etwa 200 Mark Wäsche von der Bleiche gestohlen. Hoffentlich werden die Leute durch Schaden endlich klug. — Das Dienstmädchen Elise Wemken hat in Köterende einen Diebstahl verübt und dann das Weite gesucht.

Ibbenbüren. Die gefräßige Ziege. Folgende Schnurre erzählt die Westfälische Landeszeitung aus Ibbenbüren: Saß da ein braver Ibbenbürener Bürger auf dem Führersitz seines Wagens, während die Ziege hinter ihm Platz genommen hatte. Voller Neugierde zog die Ziege dem Manne leise die Brieftasche aus der Seitentasche seines Rockes, durchschnüffelte den Inhalt und fraß vier 50-Mark-Scheine. Als der Besitzer die Konfiskation bemerkte, schnitt der kluge Mann abends der Ziege den Hals ab und den Bauch auf, um wieder in den Besitz der Papierlappen zu gelangen. Zwei der Scheine wurden denn auch in arg zerkautem Zustande wieder ans Tageslicht befördert, während die anderen beiden auf dunklen Wegen verschwunden blieben.

Rüstringer Parteiangelegenheiten.

Distrikt 7. Am Freitag den 23. Juli, abends 8 Uhr, bei Dekena, Heppens, Distriktsversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag; 2. Kommunales; 3. Verschiedenes. Zum Distrikt gehören die Bezirke 19, 20, 21 und 22, Friederiken-, Müllerstraße und Altheppens.

Gleichheit Nr. 29 ist eingetroffen.

Wettervorhersage.

Morgen mäßige westliche Winde, bewölkt, stellenweise Regen.

Hochwasser.

Donnerstag den 22. Juli: 5.35 Uhr vorm., 5.45 Uhr nachm.
Freitag den 23. Juli: 6.10 Uhr vorm., 6.30 Uhr nachm.

Verantwortlich für Politik Feuilleton und den allgemeinen Teil: Josef Kliche, für Aus Stadt und Land: Karl Schas. Verlag Paul Hug, Druck Paul Hug u. Co., sämtl. in Rüstringen.

Das rote Meer.

Roman von Clara Viebig.

Nachdruck verboten.

4)

Annemarie runzelte die Stirn: redete man denn ihr in etwas hinein? Selbst wenn sie sich auf ihren Besorgungswegen in der Stadt verspätet hatte und nicht zur Zeit zum Essen da war, verlor der Schwiegervater kein Wort, er, der selber von einer unheimlichen Pünktlichkeit war, besonders bei den Mahlzeiten. Auch die Schwiegermutter sagte nichts weiter, als: „Aber nun iß auch, mein Kind. Wir möchten auch gern bald aufstehen." Nun, mochten sie doch aufstehen! Es schmeckte Annemarie genau so vorzüglich, wenn sie allein am Tische saß.

Es ärgerte Annemarie, daß die Schwiegermutter so wenig Interesse für ihre Besorgungen, für schöne Kleider mehr zeigte. Früher war die ganz anders gewesen, eine so elegante Frau! Auch bei Lili Rossi fand Annemarie nicht den erhofften Widerhall. Trotzdem hatten sich die beiden jungen Frauen befreundet. Das war so gegeben, sie würden ja über kurz oder lang Schwägerinnen werden.

Lili von Voigt trug keine Trauerkleider mehr um ihren Mann, den Leutnant Rossi. Wenn sie in ihrem lichten Sommerkleid durch die Gartenstraße ging, leichten Fußes, ohne Hut, Gesicht und Nacken unbekümmert der deutschen Sonne preisgebend, erkannte man in ihr die Frau nicht mehr, die im Frühjahr fünfzehn heimgekehrt war wie eine Flüchtende. Die dann bald in Trauerkleidern schlich. Jetzt ging sie nicht mehr gesenkten Kopfes, auf stolzem Nacken trug sie ihn aufrecht. Lili von Voigt hatte ganz vergessen, daß sie durch ihre Heirat eigentlich Italienerin war; nur daß sie sich als Ausländerin wöchentlich auf dem Amt melden mußte erinnerte sie schmerzlich daran. Doch auch das wurde ihr bald erlassen. Sie fühlte sich wieder ganz als Deutsche; eine ungeheure Genugtuung erfüllte sie über Deutschlands Siege und — über Heinz Bertholdi. „Ich bin stolz auf ihn," sagte sie ihrer Mutter, „so stolz!" —

Frau von Voigt hatte nicht an das Herzensgeheimnis der Tochter gerührt, ganz von selber sprach Lili; sie war zu erfüllt davon, ihre Lippen konnten es nicht länger verschließen. In einer tiefen Bewegung schloß die Mutter sie in die Arme: Gott sei Dank, Lili hatte sich ganz zurückgefunden. Und wenn sie nach dem Kriege dieses Mannes Frau würde, eines deutschen Mannes, dann konnten die Eltern beruhigt über das Schicksal des einzigen Kindes sein.

Hermine von Voigt fühlte sich jetzt oft seltsam müde. Drei Jahre des Krieges zählen nicht nur doppelt, nein, drei- und vierfach. Besonders für den, der sie erlebte, wie sie sie erlebte. Sie hatte gebangt und gejubelt, angstvoll gezweifelt und stolz wieder geglaubt; in alle Tiefen war sie mit hinabgestürzt, auf alle Höhen mit hinaufgeklommen: ja, sie glaubte an Deutschlands Unsterblichkeit.

Die Generaloffensive der Feinde war ermattet; Spätsommer war's, ein paar Monate noch, und Eis und Schnee legte den Kämpfen Fesseln an. Wer weiß, ob dann das Friedensangebot, das im vorigen Winter schnöde abgewiesen worden war, nicht gern angenommen wurde? Die Generalin teilte die Ansicht ängstlicher Gemüter, daß Amerika der Entente doch noch den Sieg gewinnen würde, nicht. Amerika hatte freilich Hilfsmittel zur Verfügung, wie sie kein anderes Land besaß, aber ein Brief ihres Mannes hatte sie beruhigt. Ein Land, das kein stehendes Heer hat wie wir seit Menschengedenken, ist für uns nicht zu fürchten, schrieb der General. Ein Heer läßt sich nicht in der Geschwindigkeit heranbilden. Wie will Amerika überdies Truppen in Masse herüberschaffen? Das verhindern unsere Tauchboote. — — — —

Heute ging Hermine von Voigt mit einem Lächeln nach der Villa Bertholdi. Sie wollte gratulieren. Gestern abend hatte sie im Heeresbericht gelesen: Leutnant Bertholdi besiegte seinen fünfzehnten Gegner im Luftkampf. Er wurde ausgezeichnet mit dem Pour le mérite.

Glückliche Mutter! Wie mußte der zumute sein, die einen Helden geboren hatte?! Wieder fühlte Hermine von Voigt den gleichen Taumel, jenes trunkene Glück, das sie bei dem ersten Siege wie auf goldener Wolke erhoben hatte. Lange hatte sie nicht mehr so empfunden. Man war doch stumpf geworden durch die Dauer des Krieges, man weinte nicht mehr so bitterlich, man freute sich nicht mehr so stürmisch, man haßte nicht mehr so glühend. Es war, als ob nicht nur der Seele, nein, auch dem Körper die Kraft dazu genommen wäre. Heute aber war wieder etwas von der alten begeisterten Freudigkeit in der Frau. Ob, wenn sie doch auch solch einen Sohn hätte! Die Hände würde sie ihm unterbreiten, ihrem Helden, ihn mehr lieben, als je ein Sohn auf Erden geliebt wurde. Gott sei Dank, daß Deutschland solche Söhne hatte! Sie waren Gnadengeschenke, helle Sterne in der Finsternis. Waren der Feinde noch so viele, waren sie auch noch so tapfer, deutsches Blut, deutscher Heldenmut stürmte voran. Das Siegesreis in der erhobenen Hand, voran, immer voran. Und bräche am Ziel der Held zusammen, dann nicht klagen. Gibt es denn etwas Höheres? Stolze, glückliche Mutter!

Hermine von Voigt fühlte es wie einen Trost: auch ihr wurde teil an solchem Sohn, wenn sie ihn gleich nicht selber geboren hatte. Heinz Bertholdi wurde Lilis Mann. Bertholdis waren ebenso glücklich über diese Aussicht, wie sie es war. Von einem Verlöbnis war noch nicht die Rede, die beiden hatten noch nichts Bindendes gesprochen, aber es war ein stillschweigendes Uebereinkommen. Lili besuchte täglich das Bertholdische Haus. Frau Bertholdi zeigte es deutlich, daß ihr keine Schwiegertochter willkommener sein konnte, und Lili hing mit Zärtlichkeit an der Mutter des geliebten Mannes. Mitten aus dem wilden Meer des Krieges hob sich wie ein seliges Eiland dieses werdende Glück.

Hermine von Voigt sah sich mit leuchtenden Augen um: die Sonne noch so sommerwarm, glanzvoll strahlend. Es war heiß; man hatte darunter zu leiden. Nicht nur Mensch und Vieh, auch die Felder. Wie ein Wahlstatt, zerfetzt und zerstochen von den Strahlenschwertern der roten Sonne, standen die Aecker. Die Blätter der Futterrüben welk, die Kohlköpfe klein und von Ungeziefer grau überlaufen; nichts Saftiges, nichts Frisches. Das Kartoffelkraut braun, dürr vor der Zeit, man konnte es zwischen den Fingern zu Pulver zerreiben. Um Gottes willen, man würde doch nicht wieder einen ganzen langen Winter Kohlrüben essen müssen anstatt der Kartoffeln?! Was den Kartoffeln der vorige Sommer an Nässe zuviel getan, das schadete ihnen jetzt die Trockenheit. Niedrig hatte das Korn gestanden und dünn im Stroh; nirgends eine schwere Aehre. Notreif mußte man es einfahren, am liebsten gleich draußen ausdreschen, man hatte es ja so nötig. Zudem, wer Pferde sparen konnte, der sparte sie, schier brachen die alten Mähren zusammen. Was tauglich war, das war an der Front, Pferde wie Menschen.

Aber dem Obst tat dieser Sommer gut. Frau von Voigt sah mit erfreutem Blick die beladenen Bäume rechts und links in den Gärten. Die brachen fast unter ihrer Last. Ein reicher Obstsegen überall. Freilich, ob man viel davon spüren würde? Marmelade, Marmelade, alles zu Marmelade. Die war mit Sacharin gesüßt, das verdarb den Geschmack; Zucker gab's nicht. Und ob man noch Marmelade reichlich bekommen würde? Immer hieß es: es ist alles da, und doch bekam der einzelne nichts. Wo blieben denn all die Lebensmittel? Fürs Heer, fürs Heer! Für das Heer, für die draußen wollte jeder gern entbehren — aber bekam das Heer denn alles?!

Bei dem Amt im Lebensmittelverkauf der Gemeinde hörte Frau von Voigt die Frauen sprechen. Sie drängten sich vor den Verkaufstischen, standen in langen Reihen, und die hinteren glaubten sich unbelauscht. Aber die Stimmen der anfänglich nur Flüsternden wurden oft erregt laut, man konnte die Ohren nicht verschließen, zu hören.

„Mein Mann schreibt: Seit drei Wochen kaum warmes Essen, oft bloß 'n Salzhering. Und keine Kartoffeln dazu. Keene Kartoffeln, det is't Schlimmste."

„Ja, aber die Offiziere, die schlagen sich 'n Bauch voll. Die wer'n sich bedanken, so zu hungern. Abends Bratkartoffeln, det der schöne Geruch bis in'n vordersten Graben zieht." (Forts. folgt.)

Notizen. Karl Vorländer, der Kantforscher und Kantvorkämpfer, hat einen Lehrauftrag für Philosophie an der Universität Münster erhalten. Bisher wirkte er in Münster als Provinzialschulrat. Vorländer hat sich seit zwei Jahrzehnten um die Verbindung des Marxismus mit kantianischem Denken gemüht. Er gehört seit längerem zu den Mitarbeitern unserer Neuen Zeit.

Landesbibliothek Oldenburg

Immer

wenn die Preise der Schuhe steigen, frägt man besorgt: Was nun? Die Antwort heißt: Pflegemiteinem Mittel, das erhält und verschönt

und das ist

Erdal

schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinherst.: Werner & Mertz, Mainz

Amtliche Bekanntmachungen.

Rüstringen.

Es wird anheim gegeben, sich die Brote, namentlich Krankenbrot in der Verkaufsstelle oder zu Hause nachzuwiegen und etwaige Differenzen im Rathause Jedeliusstraße zu melden. (4145

Kriegsversorgungsamt Rüstringen.

Gemeinde Schortens.

Die Hochspannleitung 5000 Volt Ostiem-Schortens-Grödmühle wird am Sonnabend, den 24. Juli, in Betrieb genommen. Es wird auf die angebrachten Warnungstafeln aufmerksam gemacht. Das Berühren der Leitung ist mit Lebensgefahr verbunden. Ferner ist das Beschädigen und Entfernen der Warnungstafeln bei Strafe verboten. (4124

Schortens, den 19. Juli 1920.

Gemeinde Schortens, Abtlg. Elektrizitätswerk.
J. A.: A. Walter.

ADLER

Ab Mittwoch, den 21. Juli 1920:
abends 8.00 Uhr:
Nur wenige Tage
Die

spanische Fliege

Schwank in drei Akten von
Franz Arnold und Ernst Bach.
Nur wenige Tage

[4139]

Fester schwarzer **Torf** ab Lager 15 M., frei Haus 16.50 pro Zentner.
Folkerts, Alte Strasse 12.

Wir suchen einen Laden

in der Wilhelmshavener oder Marktstraße zu mieten. Gefl. Angebote mit Preis an

Paul Hug & Co.

Rüstringen, Peterstraße 76

Gesucht per sofort (4146

Kassierer oder Kassiererin

zur Mitübernahme von monatsweis. Einkassieren, etwa 900 Mitgliedsbeiträgen. Prozentuale Vergütung nach Uebereinkunft. Gewissenhafte, ortskundige Bewerber werden um schriftl. Angabe ihrer Verhältnisse und Adresse bis zum 25. Juli gebeten.

Oeffentlicher Arbeitsnachweis.

Konsum- u. Sparverein

für Rüstringen und Umgegend

Zentrale: Wilhelmshavener Str. 92/94. Fernruf: 130–1391.

Zentrale: Wilhelmshavener Str. 92/94. Fernruf 130–1391.

Volksfürsorge

Gewerkschaftliches genossenschaftliches Unternehmen auf dem Gebiete der Volksversicherung. – Versicherungen werden abgeschlossen auf Todes- und Erlebensfall. Außerdem Kinderversicherung, Spar- u. Risikoversicherung.

Kein Prämienverfall!
Gewinnbeteiligung der Versicherten!
Rückkaufsrecht!

Halbmonatsprämienzahl.von 30Pf.an.

Gewerkschaftsmitglieder! Genossenschafter! Versichert Euch nur bei der

Volksfürsorge

Feuerversicherung

Eine vom Zentralverband deutscher Konsumvereine errichtete Abteilung, die den Versicherten die Feuerversicherung zum Selbstkostenpreise liefert. Keine hohen Gebühren für die Versicherungsscheine.

Kostenlose Ummeldung beim Umzug!
Kostenlose Nachträge!

Kündigungen werden durch den Verein ohne jegliche Kosten der in Frage kommenden Gesellschaft übermittelt. Die Vorteile der Versicherten sind groß, daher dem Konsumverein die

Feuerversicherung

Auskunft kann in allen Fällen bei der Versicherungsabteilung des Konsumvereins, Wilhelmshavener Str. 92/94, eingeholt werden.

Der Vorstand.

Dampfheizungskoks.

Von der Ortskohlenstelle Rüstringen werden jetzt die Kokskarten für Dampfheizungsanlagen ausgegeben. Ich bitte nun meine werte Kundschaft, diese Karten umgehend bei mir abstempeln zu lassen, damit ich für baldige Lieferung sorgen kann. Nur abgestempelte Karten können von mir beliefert werden.

C. Schmidt, Rüstringen

Genossenschaftsstr. 1 Fernsprecher 1.

4136

ELISENLUST

Schönster Lustgarten am Platze. Bringe meine Lokalitäten den verehrlichen Vereinen und Gesellschaften zur Abhaltung von Versammlungen u. Vergnügungen aller Art in empfehlende Erinnerung. (4134

FR. METJENGERDES.

Polizeilich geschlossen

wurden in Berlin, Frankfurt, Posen und Leipzig infolge des kolossalen Andranges die Kassenschalter der Zirkus-Barum-Schau. Tausende von Personen mußten tagtäglich umkehren, weil sie keinen Einlaß mehr erhielten. [3920

Die Zirkus-Barum-Schau

übertrifft alles, was jemals hier geboten wurde, denn

Millionen von Menschen

aus allen Ländern der Erde waren bis heute bewundernde Zeugen dieser gigantischen Riesenschau.

Um eine Wiederholung derartiger unliebsamen Drang- und Lärmszenen zu verhüten, wird das werte Publikum gebeten, rechtzeitig von dem Karten-Vorverkauf (Zigarrengesch. Niemeyer, Ecke Park-Marktstr.) Gebrauch zu machen. Eröffnung in Rüstringen-Wilhelmshaven auf der Zentralstelle zwisch. Realgymnasium und Gasanstalt, Rüstringer Straße, Sonnabend, 24. Juli, abds. 7½ Uhr.

Zur Nordseestation.

Jeden Mittwoch, abends 7 Uhr:

Tanz-Kränzchen!

Es ladet freundlichst ein: 4150 Gustav Lütt.

Alle Drucksachen liefern Paul Hug & Co.

BB

Donnerstag, den 22. Juli, abends 8.00 Uhr: Grosses

Rothe-Konzert

unter Mitwirkung der so beliebten Künstler-Schar des Banter Bürgergartens.

C. Dommeyer.
Philharm. Orchester.

4143

VAREL

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, -Teilnehmer und -Hinterbliebenen.

Am 25., 26. und 27. Juli 1920 auf dem Schützenplatz zu Varel:

Großes Volksfest

zugunsten der Witwen und Waisen. Auf dem Festplatz sind Buden aller Art aufgebaut. Im Tivoli, Schützenhof und Schütting (4122

Große Festbälle

Eintritt zum Festplatz 30 Pfennig. Eintritt zu den Sälen 1.– Mark.

Um zahlreiche Unterstützung der wohltätigen Sache bittet: Das Festkomitee.

Georg Frerichs, Uhrmachermstr.

Rüstringen, Werftstraße Nr. 21

Reparaturen an Uhren von den einfachsten bis zu den kompliziertesten werden in eigener Werkstatt ausgeführt.

Stempel Welge 3813 T.1308 Rüstringen i. Old., W'havener Str. 11. Tägl. Lieferungen. Weißerf. Emailleschilder

SCHÖNHEIT DER BÜSTE erhält jede Dame durch mein Kraftnährpulver oder (orientalische Büstenpillen.) Unschädlich. Garantieschein. Eine Sendung 12 Mk. liefert Beweis. Einen schnellen Erfolg erzielen Sie durch gleichzeitige Anwendung von Büstencrem. Vollständige Kur 58 Mk.

Versandhaus Gurski, Berlin W 2/83. Grolmannstr. 37.

Die Zahnpflege nach zahnärztl. Vorschrift:

Zahnpulver Zahnpasta Nr. 23 nur echt mit Namenszug Zahnarzt P. Bahr.

Blendend weiße, schöne, gesunde Zähne!
In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien

Zu verkaufen

Nähmaschine (Hand- oder Fußbetrieb) zu kaufen gesucht. Offerten unt. N. 4144 a. d. Exp. d. Bl.

Bett-Federn z. verk. Friederikenstr. 13 II.

Ein in Heppens belegenes

Hausgrundstück

mit Pferdestall, Schweinestall, Schuppen, Lager u. großen Kellern sowie großem Hofraum, passend für Händler aller Art. Inventar kann event. übernommen werden.

Fink & Punke

Rathauspl., Jedeliusstraße, Tel. 1069. [4147

Sportwagen, Turnerjacke und weiße Weste (Gr. 48) zu verkaufen. [4135 Elisabethstr. 3 p. r.

Läuferschwein z. verk. Papingastr. 10b, II. l.

Herrenfahrrad m. neuem Gummi und eine fast neue Nähmaschine bill. zu verk. 4142] Börsenstr. 93 II r.

Ein Sportwagen m. Friedensgummi, sehr gut erh., zu verk. Rüstr. Börsenstr. 78, II

Kaufgesuche

Nähmaschinen kauft H. Buß, Bremer Str. 29. Reparaturen billigst. [4141

Reelle Tagespreise 3864] zahlt für **Felle und Häute** **L. ter Berg, Rüstersiel** Telephon 1233.

Zu einem ca. 5 PS. Drehstrommotor wünsche ein ca. 15 m langes Kabel nebst Steckdose zu kaufen. [4140 Offert. nebst Preis erbittet A. Klostermann, Tangast.

Verschiedenes

FEUER- sowie alle übrigen **Versicherungen** schließt man vorteilh. ab im **Vers.-Bureau „Merget"** Bez.-Agentur der Hamburg-Bremen, Börsenstr. 4, gegenüber Oldenbg. Landesbank.

Gummi-Stempel werden sofort angefertigt Stempel-Fabrik Chr. Wiechmann Rüstringen, Werftstraße 4.

Von der Reise zurück! Dr. med. Peters. 4137

Hühneraugen Hornhaut, Schwielen u. Warzen beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos **Kukirol** 100 000 fach bewährt Preis M. 2.50 In allen besseren Drogerien erhältlich.

Massage, elektr. Behandlung und Hühneraugenoperation. H. Bohlen – Frau Bohlen ärztlich geprüft Knorrstraße 3, 2. Etage.

10000 Mk. auf 1. Hypothek alsbald anzuleihen gesucht. **Fink & Punke** Rathauspl. Jedeliusstraße. Tel. 1069. (4148

Gasherd-Reparaturen Schlechtes Brennen, sowie Puffen d. Flammen beseitigt sofort. Karte gen. [4098 Georgi, Peterstr. 47.

Burg-Theater

Gastspiel der Opern-, Operetten- und Schauspiel-Gesellschaft.

Spielplan

abends 8 Uhr:
Donnerstag, 22. Juli: **Dollarprinzessin.** Operette in 3 Akten von Leo Fall
Freitag, 23., Sonnabend, 24., Sonntag, 25. Juli: **Kabale und Liebe.** Trauerspiel in 8 Bildern von Fr. v. Schiller.

Vorverkauf 11–1 Uhr u. nachm. v. 5 Uhr an.

Kemnate: Allabendlich nach Schluß der Theater-Vorstellung: hum. bz. Künstlerspiele

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Wilhelmshav.-Rüstring.

Donnerstag, d. 22. Juli, nachm. 4 Uhr:

Versammlung der Schmiede

(Kesselschmiede, Huf- u. Wagenschmiede usw.) sämtlicher Betriebe im Versammlungslokal Edelweiß, Börsenstraße 91.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zu der Schmiedekonferenz am 7. August in Halle a. S.
2. Verschiedenes. [4092

Wegen Wichtigkeit der Tages-Ordnung wird zahlreiches Erscheinen erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Allgem. Ortskrankenkasse für die Stadtgem. Varel.

Kassenärzte sind:
Sanitäts-Rat Dr. med. Bartikowsky, Varel,
Sanitäts-Rat Dr. med Claßen, Varel,
Sanitätsrat Dr. med. Köchy, Zetel,
Medizinal-Rat Dr. med. Minßen, Varel,
Dr. med. Meyer, Jade,
Dr. med. Nieberding, Varel
Dr. med. Nieberding, Schwei
Dr. med. Willers, Bockhorn,
Dr. med. Schüren
Dr. med. Wegener, Varel,
Dr. med. Zwanziger, Varel
Zur Zahnpraxis (Zahnärzte):
Dentistin Frau Bischoff, Varel.
Zahnarzt Peters, Varel
Dentist Kruckenberg

Der Vorstand.

Friedrichshof

Jeden Mittwoch und 3199] Sonntag:

BALL

Sprechstunden für Wurmleidende

jeden Donnerstag von 10 bis 1 und 3 bis 7 Uhr in Rüstringen, Holtermannstr. 47 (kostenlose Auskunft).

Spezial-Heilinstitut für Wurmleiden.

Leih-Bibliothek

Nordstraße 21

R. Winter

Färberei und chem. Waschanstalt
Rüstringen, Peterstraße 59.

Todesanzeige.

Plötzlich und unerwartet verschied am Sonnabend, 17. Juli, unser lieber Sohn und Bruder

Paul

im 17. Lebensjahre. Dieses bringen tiefbetrübt zur Anzeige

Schortens, 21. Juli 1920

H. Söhting u. Frau, Luise geb. Rohnert, nebst Angehörigen.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 22. Juli, nachm. 2.45 Uhr, vom Trauerhause Plaggestr. 82, aus statt.

Landesbibliothek Oldenburg